

Politische Bildung und Demokratieförderung in Deutschland

Die fast 200 Todesopfer rechtsextremistisch motivierter Gewalt seit 1990, die rassistische Mordserie des NSU, der Mord an Walter Lübcke, die Anschläge in Halle und Hanau sowie die steigende Zahl extremistischer Kriminalität in Deutschland zeigen deutlich, dass der Zusammenhalt unserer Gesellschaft bedroht ist. Zugleich nehmen wir eine Verschiebung der gesellschaftlichen Debatte wahr. Der viele Jahre geübte gesellschaftliche Konsens, sich mit Respekt im öffentlichen Raum zu begegnen und menschenverachtende Reden als solche zu benennen und zu verurteilen, bröckelt. In sozialen Netzwerken und im Internet sehen wir eine zunehmende Verrohung des öffentlichen Dialoges unter Verwendung gewaltvoller Sprache. Verschwörungserzählungen, bewusste Falschnachrichten und demokratiefeindliche Ideologien verbreiten sich offensiv oder auch subtil immer stärker im Netz und auf der Straße.

Politische Bildung ist ein Gebot der Stunde: in Schule und Hochschule, außerschulisch und in der Erwachsenenbildung. Ein Leben lang. Politische und politisch-historische Bildung können helfen, die Gesellschaft auf einem festen demokratischen Fundament zu verankern und Demokratie und Grundwerte durch Jede und Jeden mit Leben zu füllen.

Lebensbegleitende politische Bildung

Bildung ist ein wichtiger Schlüssel für die Lebens- und Teilhabechancen der Bürger*innen, für individuelle Freiheit und für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Das oberste bildungspolitische Ziel der SPD-Bundestagsfraktion besteht deshalb unverändert darin, sozialen Aufstieg durch Bildung und gleiche Chancen auf gute Bildung für alle zu verwirklichen. Denn noch entscheidet hier zu oft der Geldbeutel der Eltern. Deshalb muss Bildung gebührenfrei sein. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meister- oder- Technikerprüfung. Lebensbegleitende, barrierefreie und allen zugängliche Bildung, ist unser Leitmotiv. Politische Bildung mit sozialer Teilhabe und Inklusion muss dabei ein essentieller Bestandteil aller Lebens- und Lernphasen sein.

Dafür ist es wichtig, dass ausreichend Haushaltsmittel im Bund und den Ländern zur Verfügung gestellt werden. Die Bundeszentrale für politische Bildung ist die erfahrene und kompetente zentrale Instanz zur bundesweiten Koordination dieser Aufgaben.

Politische Bildung im Kindes- und Jugendalter

Kita und Hort sind Orte des Aufwachsens, die von vielen Kindern in den Jahren vor ihrem Schulbeginn besucht werden. Hier sollten Kinder bereits spielerisch Demokratie erleben und einüben können. Dafür braucht es Angebote für eine angemessene Aus- und Weiterbildung für Erzieher*innen im Bereich der politischen Bildung.

- Dafür sollten in den entsprechenden Ausbildungscurricula Leitlinien zur Demokratiebildung und Methodenschulung eingefügt werden.

Kinder und Jugendliche sollen ihren Alltag in Kita, Schule oder Verein selbst wesentlich mitgestalten können. Dafür braucht es wirksame Formen der Mitbestimmung.

- Wir haben erreicht, dass das Programm „Demokratie leben!“ bis 2023 finanziell auf dem aktuell hohen Niveau gesichert werden konnte. Dies wollen wir auch für den Zeitraum danach gewährleisten, das Programm weiterentwickeln und dies ebenso auf das Schulentwicklungsprogramm Demokratie leben und lernen ausdehnen.
- Kinder-, Jugend- und Schüler*innenvertretungen, Kinder- und Jugendverbände, kommunale und schulische Kinder- und Jugendparlamente und andere jugenddemokratische Einrichtungen müssen gestärkt werden, um frühe positive Erfahrungen von Gestaltungschancen mit Beteiligungsstrukturen zu schaffen.
- Die Strukturen der bundes- und landeszentralen Träger der politischen Bildung sind dazu in die Lage zu versetzen, auch migrantische bzw. Neue Deutsche Organisationen (ndo) und neue Träger der politischen Bildung, in ihre Strukturen und in den fachlichen Austausch einzubeziehen. Das Programm Politische Bildung im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) zur Unterstützung von Jugendverbänden sollte hierzu ausgebaut werden.
- Gerade der außerschulischen Jugendarbeit kommt für die Persönlichkeitsbildung junger Menschen und ihrer politischen Kompetenz und Mitwirkungsfähigkeit große Bedeutung zu. Hier brauchen wir eine verlässliche, auskömmliche und nachhaltige institutionelle Förderung durch die Länder.

Das Fach „Politik“ wird zu oft an deutschen Schulen und Berufsschulen vernachlässigt und anderen Fächern untergeordnet. Zwischen den einzelnen Bundesländern gibt es große Unterschiede, wie und in welchen Unterrichtsfächern demokratische Bildung unterrichtet wird.

- Wir wollen in Kooperation mit den Ländern demokratische Bildung in allen Schulformen weiter ausbauen und es zu einem festen Bestandteil des Schulalltags machen. Hierzu sollten auch die Lehrpläne in den Bundesländern entsprechend überarbeitet und angeglichen werden.
- Politische Bildung muss grundlegender Bestandteil der Ausbildung von Lehrkräften sowie pädagogischen Personals an den Bildungseinrichtungen sein.

Schulen, Schüler*innen und Lehrkräfte profitieren von Organisationen, die außerschulische Bildung anbieten und auf ausgeprägte Erfahrung zurückgreifen können.

- Wir wollen zivilgesellschaftliche Akteure, Migrant*innenselbstorganisationen und Partner*innen der Neue Deutsche Organisationen bewusst in den Schulalltag zur politischen Bildung integrieren.
- Wir wollen, analog zu dem KMK-Beschluss zur Beteiligung von sozialen Trägern, zukünftig auch Träger der politischen Bildung am Lehrangebot der Schulen beteiligen.
- Kommunalen Bildungseinrichtungen sowie außerschulische politische Jugendbildung sind erfahrene Partner in der Kooperation mit Schulen, diese wir stärken wollen.

Politische Bildung kann nur mit entsprechend geschulten Lehrkräften umgesetzt werden. Lehrkräfte, die für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale und ökologische Verantwortung und Menschenrechte eintreten und diese Werte auch vermitteln sollen, brauchen die Chance auf politisch-historische Bildung.

- Lehrkräfte und Bildungsträger sollen durch Ihre Aus- und Weiterbildung in die Lage versetzt und dazu ermutigt werden, Lehrpläne und Lehrbücher hinsichtlich der Widerspiegelung und Thematisierung u.a. von Diversität zu analysieren und die allgemeine Unterrichtsplanung in entsprechender Weise vornehmen zu können. Die Ausbildung von Politiklehrer*innen muss dahingehend erweitert und durch neue Methodik ergänzt werden.

Digitalisierung und Medialisierung stellen die Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Der Beschluss der Kultusminister der Länder, „Bildung in der digitalen Welt“, ist ein sehr guter Ansatz und muss konsequent weiter umgesetzt werden. Gerade in einer Zeit, in der Fake News und Verschwörungserzählungen kursieren, ist es wichtig, dass die Medienbildung gestärkt wird. Sie ist ein Teil der politischen Bildungsarbeit, die eine

Kompetenz zur kritischen Reflexion schaffen muss. Dies kann nur in einer produktiven Bund-Länder Kooperation erfolgreich umgesetzt werden.

- Für die Erziehung zur Medienmündigkeit müssen die Lernpläne aktualisiert und geeignete Methoden entwickelt werden.
- Wir brauchen Institutionen, wie beispielsweise Landesfilmdienste, für unabhängige medienpädagogische Beratungen in Schulen und bei außerschulischen Trägern politischer Bildung, die die Einrichtungen auch bei der Digitalisierung Beraten und unterstützen.

Politische Bildung in Ausbildung und Universität

An beruflichen Schulen wie auch in der dualen Ausbildungsstruktur muss politische Bildung einen höheren Stellenwert bekommen, der Zugang dazu erleichtert werden und berufs- und arbeitsfeldorientierte Angebote bereithalten.

Das entspricht unserer Überzeugung über die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung.

- Wir wollen deshalb auch in den Lehrplänen für die berufsbildenden Schulen mehr Raum und Zuverlässigkeit für politische Bildung schaffen und hierbei auch den Zugang von Sozialpartnern in den beruflichen Schulen zur Demokratiebildung gewährleisten.
- Auch in Fachhochschulen und Universitäten muss sich die Sensibilisierung für Diversität und Demokratieförderung fortsetzen. Demokratiebildung sollten auch an Hochschulen mehr Raum erfahren und in die Curricula der Hochschulen verstärkt aufgenommen werden.
- Wir wollen die Arbeit im Bereich der Extremismus-, Friedens- und Konfliktforschung ausbauen.
- Zudem sollten die Mitbestimmungsprozesse an allen Hochschulformen verbessert werden.

Durch die ideelle Förderung leisten die Begabtenförderwerke einen wichtigen Beitrag zur Demokratieerziehung und -förderung.

- Wir wollen sicherstellen, dass die Begabtenförderwerke weiterhin rund ein Prozent der Studierenden in Deutschland fördern, betreuen und weiterbilden können. Dabei ist auf eine höhere Diversität hinzuarbeiten.

Bildungschancen wahrzunehmen erfordert eine zuverlässige Lebensgrundlage. Und wer sich für die Gemeinschaft engagiert, investiert oft neben dem Lernen viel Zeit für andere.

- Wir setzen uns für die Möglichkeit einer Verlängerung des Bezugszeitraums von BAföG-Leistungen ein, wenn sich die Antragstellenden längerfristig politisch oder ehrenamtlich engagieren.

Die Politikdidaktik für außerschulische politische Bildungsarbeit im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der Sozialen Arbeit muss weiter professionalisiert und institutionalisiert werden.

- Dazu braucht es die Einrichtung entsprechender Lehrstühle für Politikdidaktik an Hochschulen. Der Bund sollte in Berücksichtigung der Hochschulautonomie dafür Unterstützung leisten.
- Eine bundesweite Strategie für politische Bildung im beruflichen Kontext liegt im Interesse der Demokratie selbst: Dafür bedarf es eines Gesamtkonzepts auf Bundesebene für nachhaltige Regelangebote, auch für die politische Erwachsenenbildung.

Wir wollen, dass politische Bildung als Aufgabe aller Berufsfelder und Fachdisziplinen anerkannt wird.

- Ein Curriculum für politische Bildung im Ausbildungs- und Berufskontext ist ein wichtiger Schritt, um auch hier einen verbindlichen Rahmen zu geben.
- Zudem sollen Angebote der politischen Bildung im Rahmen des gesetzlichen Bildungsurlaubs ausgebaut werden. Dieser muss endlich in allen Bundesländern eingeführt und der Zugang erleichtert werden.

Politisches Lernen im Berufsumfeld

Demokratie zu erlernen und zu leben, ist ein lebenslanger Prozess, der nicht mit dem Ende der Schul- oder Ausbildungszeit abgeschlossen ist. Politische Selbstwirksamkeit und Politikkompetenz müssen deshalb auch im beruflichen Kontext gefördert werden. Wir stärken den Stellenwert politischer Bildung für Menschen im Arbeitsleben. Wir wollen Menschen ermutigen, sich politisch einzumischen, Standpunkte einzunehmen und unsere Gesellschaft mitzugestalten.

Wir sind überzeugt davon, dass dies eine wichtige Grundlage ist, damit die Akzeptanz für das demokratische System steigt, das Gefühl eigener Machtlosigkeit überwunden und politische Willensbildung gefördert wird. Eine Entpolitisierung des (Berufs-) Alltags muss vermieden werden. Deshalb wollen wir vor allem Arbeitnehmer*innen wie auch Ausbilder*innen und Arbeitgeber*innen in ihrer politisch-sozialen Kompetenz und ihrem politischen Handeln stärken.

- Dafür schlagen wir Beauftragte für politische Bildung in Betrieben und Bildungseinrichtungen vor.
- Das vom Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus vorgeschlagene an Xenos angelegte Programm gegen Rassismus in den Betrieben sollte zeitnah umgesetzt werden.
- Wir wollen Angebote der politischen Bildung für Menschen, die langzeitarbeitslos sind, ausbauen.
- Demokratische Strukturen in öffentlichen Institutionen, Selbstvertretungen oder privaten Organisationen sowie Institutionen der betrieblichen Mitbestimmung wollen wir stärken und die demokratische Vertretung fördern.

Auch die Senior*innen sind eine Zielgruppe für politische Bildungsangebote. Gute Senior*innenbildung beruht auf dem intergenerationalen Austausch in der Familie oder im Ehrenamt. Die Jüngeren lernen im Austausch mit den Zeitzeug*innen gelebte Geschichte, die Perspektiven von Senior*innen werden erweitert und Mitwirkungsmöglichkeiten gestärkt. Wir wollen das Lernen im Alter und gute Senior*innenbildung stärken.

- In Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Ländern und zivilgesellschaftlichen Organisationen wollen wir Möglichkeitsräume und niedrigschwellige Angebote schaffen, um das politische Lernen und die Wissensvermittlung auch im Alter zu fördern.
- Volkshochschulen sind neutrale Orte des generationenübergreifenden gesellschaftspolitischen Lernens, in denen Menschen ins Gespräch kommen. Mit ihrer flächendeckenden Verbreitung in Deutschland und ihrer kommunalen Verankerung sind Volkshochschulen in besonderem Maße in der Lage, weite Teile der Bevölkerung zu erreichen. Deshalb müssen sie gestärkt und erprobte Formate wie Bürgerdialoge gefördert werden.

Stärkung der Demokratie

Um die Demokratie zu stärken und menschenverachtenden Einstellungen vorzubeugen, muss Demokratieförderung strukturell überall auf kommunaler sowie auf Länder- und Bundesebene verankert werden. Demokratieförderung und politische Bildung sind für uns untrennbar verknüpft.

- Durch die Aufnahme der Demokratieförderung als Staatsziel in Bundes- und Landesverfassungen und die Einführung eines Demokratiefördergesetzes wird politische Bildung flächendeckend und nachhaltig in den Regelstrukturen, wie Polizei, Justiz- und Sicherheitsbehörden, Pflege- und Bildungseinrichtungen, in der sozialen Arbeit und in Arbeitsstätten verankert.
- Auf Basis des Demokratiefördergesetzes stehen über die ausgebauten und aufgestockten Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ in allen Regionen, für alle Institutionen und in der Breite der zu bearbeitenden Themen stabile Strukturen zur spezifischen Beratung, Begleitung, Bildung und Vernetzung zur Verfügung.
- Ehrenamt und freiwilliges Engagement sind tragende Säulen unserer Gesellschaft. Sie gestalten und bereichern unser Zusammenleben.

- Um politische Bildung auch im Ehrenamt zu verankern, braucht es die gezielte Qualifizierung von Teamleiter*innen, Trainer*innen und Leitungspersonen der verschiedenen Vereine, Verbände, Freiwilligen- und sonstigen ehrenamtlichen Organisationen. Diese Qualifizierungsmodule könnten durch die Landeszentralen für politische Bildung, Demokratiezentren, Landesjugendringe und vergleichbare Einrichtungen durchgeführt werden.

Wenn wir Menschen für unsere Demokratie gewinnen wollen, müssen wir sie direkt ansprechen. Es gilt daher, stärker in aufsuchende, niedrigschwellige politische Bildung, insbesondere in strukturschwachen sowie in ländlichen Räumen, zu investieren. Die Konzept- und Förderstrukturen müssen so ausgestaltet werden, dass die lokalen Träger politischer Bildung genau diese Arbeit leisten können. Stadtteilzentren und andere soziale Angebote vor Ort sind entsprechend auch zu Orten der politischen Bildung weiterzuentwickeln. Über entsprechende Förderprogramme sind die Kommunen darin zu unterstützen. Unser Anspruch ist es, Maßnahmen zur Förderung der politischen Bildung im Bereich Ehrenamt und Engagement in allen Kommunen zugänglich zu machen. Damit wollen wir dazu motivieren, Beteiligungsprozesse vor Ort einzurichten oder vorhandene Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten auszubauen.

So kann es gelingen, dass sich mehr Menschen aktiv einbringen und ganz praktisch erleben, dass ihre Stimme zählt und dass sie etwas ändern können. Wenn mehr Menschen sich durch Erfahrungen der Selbstwirksamkeit in Beteiligungs- und Mitbestimmungsformaten auf kommunaler Ebene engagieren, wird das Fundament für eine standfeste Demokratie gestärkt und das Verständnis für unser vielseitiges Miteinander geschärft.

- Wir setzen uns dafür ein, dass freie Träger, zivilgesellschaftliche Akteure, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Initiativen und sonstige Engagementsträger mit staatlich geförderten Fortbildungsmaßnahmen sowie kostenlosem Schulungsmaterial unterstützt werden.
- Wir wollen das Wahlalter für den Bundestag und alle Landtage auf 16 Jahre absenken. Denn politische Bildung kann nur durch tatsächliche Beteiligung und Mitbestimmung funktionieren und darf keine Scheinbeteiligung bleiben.
- Auf Landes- und Bundesebene wollen wir die gesetzliche Verankerung des JugendChecks, einer Prüfung auf jugendgerechte Gesetzgebung, Gesetzesfolgenabschätzung und Beratung. Jugendliche sollen wissen, dass sie ernst genommen werden und ihre Meinung zählt.

Extremismusprävention stärken

Politische Bildung muss mit ihrem präventiven Ansatz schützend für das Gemeinwesen eintreten und konsequent gegen antidemokratische Einstellungen vorgehen.

Unsere plurale Gesellschaft ist nicht frei von menschenverachtenden Strömungen. Politischer Bildung ist im Sinne einer Verhinderungsstrategie auch ein Mittel der Extremismusprävention, um menschenverachtende Taten zu verhindern und Grenzen der Meinungsfreiheit deutlich zu machen. Angebote der politischen Bildung tragen maßgeblich mit dazu bei, eine breite Einbeziehung der gesamten Bevölkerung in die Mitwirkungsangebote sicherzustellen. Die Erfahrung von politischer Teilhabe und gelebter Demokratie ist die beste Prävention gegen jegliche Form des Extremismus.

- Wir wollen Radikalisierung präventiv verhindern, indem wir politische Bildung in allen Lebensbereichen verankern und zivilgesellschaftliche Organisationen der Extremismusprävention stärker fördern. Ein Demokratieförderungsgesetz würde den entsprechenden Bezugsrahmen bilden und die konkreten Förderziele definieren.
- Gegen Hass und Hetze im Netz wollen wir konsequent vorgehen. Dafür haben wir die dafür zuständigen Behörden bereits massiv gestärkt. Außerdem wollen wir Plattformen im social-media-Bereich strenger zur Verantwortung ziehen.

- Mit dem Ausbau von Medienkompetenzangeboten und Argumentationstrainings wollen wir Menschen Hass und Hetze im Netz sensibilisieren, um sie gegenüber extremistischen Standpunkten zu stärken.

Politische Bildung für die Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden

In der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Ermittlungs-, Sicherheits- und Justizbehörden muss politischer Bildung ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden, da den Beamt*innen bei ihrer schwierigen Arbeit der Abwehr, Aufklärung und Verurteilung rechtsextremistischer Gewalttaten sowie in der Auseinandersetzung mit den Opfern eine besondere Rolle zuteilwird.

- Damit rechtsextreme und demokratiefeindliche Einstellungen in den Behörden und in der Justiz zur Sprache kommen und disziplinarische Konsequenzen nach sich ziehen, braucht es eine verstärkte Sensibilisierung und klare Verhaltensregeln im Umgang mit diesem Verhalten und sonstiger Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
- Wir wollen ein Alarmsystem und einen Vertrauensbeauftragten einführen, bei dem anonym Probleme angesprochen werden können.

Es muss sichergestellt werden, dass Beamt*innen bei ihrer verantwortungsvollen Arbeit auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und die Rechte und Würde jedes Menschen achten.

- Da hier Machtmissbrauch möglich ist, bedarf es eines flächendeckenden Angebots mit entsprechenden Schulungen für Beamt*innen.

Es ist und bleibt eine Daueraufgabe, in Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich Polizei, Verfassungsschutz und auch Staatsanwaltschaften mehr für die Gefahren des Rechtsextremismus zu sensibilisieren. Aus dem Bereich der politischen Bildung sind dafür bereits produktive Anregungen erfolgt. Aber gerade jüngste Erfahrungen zeigen, dass extremistisches Gedankengut auch in den Sicherheitsorganisationen vorhanden ist. Dies erfordert konsequentes Gegensteuern.

Um professionelles Arbeiten in den Behörden zu gewährleisten und institutionellen Rassismen – wie Racial Profiling – entgegenzuwirken, schließt politische Bildung auch die Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis und der Kultur in den Behörden ein.

Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen in Krisenzeiten

Aktuelle Krisenerfahrungen haben gezeigt, wie schnell Vereine, Verbände und gemeinnützige Einrichtungen in ihrer aktiven Arbeit betroffen sind. Die Existenz der Trägerstrukturen der für unsere Gesellschaft so essentiellen politischen Bildung muss auch in diesen Phasen gesichert werden.

Politische Bildung ist eine Aufgabe des Gemeinwohls. Die Träger und Organisationen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung brauchen für ihre Mitarbeiter*innen und die weitere Arbeit Planungssicherheit und Orientierung. Geschichtspolitik wie historisch-politische Bildung sind dabei gleichrangig und ergänzen sinnvoll einander.

- Aus der Corona-Pandemie lernen wir, dass die Rahmenbedingungen für entsprechende Förderungen in Zukunft so gestaltet werden müssen, dass Verbände und gemeinnützige Einrichtungen dauerhaft krisenfest sind. Deswegen kämpfen wir für ein Demokratiefördergesetz.
- Dazu müssen wir die politische Bildung auf die Höhe der Zeit bringen. Wir wollen erreichen, dass die Möglichkeiten des Internets und neuer Technologien stärker genutzt werden, um Angebote der politischen Bildung im Netz für Bürger*innen auszubauen und um Lehrkräfte sowie Ehrenamtliche zu schulen.

- Dazu wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass Bildungsträger flächendeckend zu digitalen Bildungsträgern ausgebaut werden und auch Beratungsstellen für Betroffene von rechtsextremer Gewalt verstärkt Onlinedienste anbieten können.